

Das Image des „Spalters“ entsprang politischem Kalkül

Walter Ulbricht und das Bild Adenauers in der DDR

Manfred Wilke

Die ersten Jahrzehnte der deutschen Nachkriegsgeschichte prägten Konrad Adenauer und Walter Ulbricht, der eine als Bundeskanzler die Bundesrepublik Deutschland und der andere als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED die DDR. Die beiden Männer waren von ihrer Herkunft und ihrem politischen Selbstverständnis grundverschieden, aber es gab auch Gemeinsamkeiten. Beide sahen die Wirklichkeit nüchtern, und sie waren Praktiker und Taktiker der Macht. Sie überlebten als Antinationalsozialisten die Diktatur Hitlers, Adenauer in Deutschland und Ulbricht zunächst im französischen und dann im sowjetischen Exil. Beide wussten, deutsche Politik nach Hitler fand in einem von den Alliierten besetzten Land statt, was ihren Handlungsspielraum begrenzte.

Die Vorbereitung von Ulbricht auf seine Rolle in der sowjetischen Deutschlandpolitik nach Hitler begann im Frühjahr 1944. Die KPdSU hatte die exilierte KPD-Spitze angewiesen, eine Arbeitskommission zu bilden, sie sollte ein Aktionsprogramm für die innere Umgestaltung Deutschlands unter der Bedingung alliierter Besatzung ausarbeiten. Für die künftige Politik der KPD war die außenpolitische Orientierung Deutschlands grundlegend. Wilhelm Florin, der

zweite Mann in der KPD-Hierarchie, sprach zu einem Zeitpunkt, als die Westalliierten noch nicht in Frankreich gelandet waren, bereits über die kommende Auseinandersetzung um Deutschland zwischen der Sowjetunion und ihren Kriegsalliierten. Der Redner formulierte eine verbindliche Sprachregelung für die KPD: „Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung? Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besonders enge Freundschaft mit der Sowjetunion.“

Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, dass das Problem enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und dass das noch viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute.“ Die entscheidende Zäsur im Prozess der Teilung des Landes, soweit sie auf dem Handeln deutscher Politiker beruhte, war die Gründung der KPD, die in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) von Anfang an als totalitäre „Staatspartei“ aufgebaut wurde. Ausschlaggebend war nicht so sehr die Gewinnung von vielen Mitgliedern, sondern der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD,

der von den Moskauer Kadern geleitet wurde, die das sowjetische Exil überlebt hatten und die die Personalabteilung der KPdSU einsetzte. In den Konflikten der Jahre 1945/46 in der sowjetischen Besatzungszone hat die Besatzungsmacht in allen Auseinandersetzungen zwischen KPD, CDU und SPD die Machtansprüche der deutschen Kommunisten entschieden verteidigt. Die Absetzung der ersten Berliner CDU-Führung unter Andreas Hermes Ende 1945 und die Ausschaltung der SPD in der SBZ durch ihre Fusion mit der KPD zur SED im Frühjahr 1946 sind dafür überzeugende Belege.

Bipolare Ordnung

Ein halbes Jahr nach Ende des Krieges, im Oktober 1945, zieht Adenauer, der gerade von der britischen Besatzungsmacht abgesetzte frühere Oberbürgermeister von Köln, seine Konsequenzen. Er spricht sich für die Gründung eines Weststaates aus und formuliert die Eckpunkte seiner späteren Außenpolitik als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland: „Russland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als im übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet und Westeuropa eine Tatsache [...] Der nicht von Russland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierter Teil Westeuropas. Die westeuropäische Integration unter Einschluss eines westdeutschen Staates als Antwort auf den sowjetisch strukturierten Block im Osten des Kontinents war Adenauers Vorstellung

vom Wiederaufbau des Landes und der Weg zur Rückgewinnung deutscher Souveränität; damit wurde seine Heimat, das Land an Rhein und Ruhr, zum Kerngebiet dieses neu zu schaffenden westdeutschen Staates.

Wie Florin 1944 in Moskau ging Adenauer für seine Politik von den Realitäten der bipolaren Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Das war für ihn die ausschlaggebende Rahmenbedingung, in der die deutschen Politiker Position beziehen mussten. Die pro sowjetische Linie der Kommunisten war klar, obwohl die Beauftragung der deutschen Kommunisten durch Stalin, in der SBZ eine totalitäre Staatspartei aufzubauen, um die „Ostorientierung“ Deutschlands durchzusetzen, damals zu den Partei- und Staatsgeheimnissen der Sowjetunion gehörte.

Adenauer bezog die Gegenposition, ihm ging es um die unwiderrufliche Westbindung Deutschlands, die der neu zu schaffende Weststaat durchsetzen sollte, ohne auf den Anspruch zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verzichten. Er wusste, die Dauer der deutschen Teilung hing ab von der Entwicklung und den Interessenlagen der Sowjetunion und ihres weltpolitischen Gegenspielers, der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ulbricht war zu dieser Zeit nur stellvertretender Vorsitzender der SED. Entgegen dem öffentlichen Erscheinungsbild kam die außenpolitische Abteilung des ZK der KPdSU (B) bereits im Dezember 1946 zu einem ganz anderen Urteil über Ulbricht: Er „leitet faktisch die gesamte organisatorische und administrative Arbeit des Apparates des Zentralsekretariats der SED. Hält die Verbindung mit den sowjetischen Besatzungsorganen aufrecht.“ 1947 forderte Ulbricht, die SED, deren Vorstände noch im-

mer paritätisch von Kommunisten und Sozialdemokraten besetzt waren, zu einer Partei „neuen Typs“ umzuwandeln und in der SBZ zur zentralen Wirtschaftsplanung überzugehen. Wie in der Sowjetunion sollte nun die Partei nicht nur den Staats-, sondern auch den Wirtschaftsapparat direkt dirigieren. Was sich seit 1945 vorbereitete, wurde nun offenkundig. In der SBZ entstand eine kommunistische Diktatur, deren Existenz die Sowjetunion garantierte. Erst nach Gründung der DDR bekommt Ulbricht auch formal Stalins Titel, er wird Generalsekretär der SED.

Der Parlamentarische Rat verabschiedete 1949 unter seinem Präsidenten ein Grundgesetz als provisorische Verfassung für den Weststaat, in dessen Präambel er festhielt, dass die Parlamentarier auch für die Deutschen handelten, „denen mitzuwirken versagt war“. Die Bundesrepublik entstand somit als demokratischer Kernstaat, der den Anspruch auf die Einheit der Nation aufrechterhielt. Das Grundgesetz konstituierte eine parlamentarische Demokratie, in der das Volk durch freie und geheime Wahlen an der politischen Willensbildung unmittelbar mitwirkte. Die ersten Wahlen zum Bundestag fanden im August 1949 statt. Die von Adenauer geführte CDU wurde stärkste Partei, und der Bundestag wählte ihn zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

West- oder Ostorientierung Deutschlands nach dem Krieg, so hatte Florin 1944 in Moskau die Frage gestellt. Als die beiden deutschen Staaten 1949 entstanden, war sie noch nicht entschieden, aber die Protagonisten dieser beiden Wege verfügten nun über eigene Staaten, um diese Systemauseinandersetzung auszufeuchten.

Das Adenauerbild der DDR wurde von der SED gezeichnet, es entstand im politischen

Kampf zwischen dem SED-Generalsekretär und dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik. Die Personalisierung ist in diesem Fall nicht überzogen. Das Feindbild des Widersachers im Westen wurde bestimmt durch die Perspektiven des Klassenkampfes, der im geteilten Deutschland zwischen den Kräften des „Fortschritts“, die von der SED geführt wurden und denen der „imperialistischen Reaktion“ ausgetragen wurden, deren Repräsentant Konrad Adenauer war. Das Bild von Adenauer diente der SED zugleich in ihrer operativen Westpolitik als Prüfstein auf ihrer Suche nach Bündnispartnern im Kampf gegen seine Politik. Es waren nicht die Historiker der DDR, die dieses Bild bestimmten, sondern es entstand unmittelbar aus der politischen und propagandistischen Auseinandersetzung der SED mit dem Bundeskanzler, und es war in Grundzügen schon 1949/1950 fertig.

„Banner des Separatismus“

Den Hintergrund für das erste Adenauer-Porträt liefert die Regierungserklärung des ersten DDR-Ministerpräsidenten, in der Otto Grotewohl 1949 erklärte, warum die DDR gegründet werden musste, und in der er die Westmächte für die deutsche Spaltung verantwortlich machte: „Die Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Ausdruck des unerschütterlichen Willens der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes, seine nationale Not zu überwinden und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Die Bildung dieser Regierung ist der Ausdruck der Tatsache, dass die demokratischen Kräfte unseres Volkes nicht gewillt sind, sich mit der Spaltung unseres Vaterlandes und mit der Verklavung seiner west-

lichen Teile abzufinden, sondern dass sie von dem eisernen Willen beseelt sind, beharrlich den Kampf um die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands und seiner Souveränität auf demokratischer und friedlicher Grundlage zu führen. [...] Der Weg im Westen ist der gleiche Weg in Verderben, Not und Tod, auf dem ein Hitler das deutsche Volk in den Abgrund führte.“

Im Vorfeld der Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag porträtierte Albert Norden im SED-Zentralorgan *Adenauer*. Das *Neue Deutschland* titelte: „Konrad Adenauer – ein Veteran des Landesverrats.“ In dem Artikel hieß es, bereits nach dem Ersten Weltkrieg habe Adenauer im Bunde mit Frankreich die „Losreißung der Rheinlande“ von Deutschland betrieben. Von zentraler Bedeutung war für Norden die klassenpolitische Einordnung der CDU als Partei des wiedererstandenen deutschen Finanzkapitals. Die politische Chance Adenauers lag aus Nordens Sicht vor allem im Gegensatz zwischen den Alliierten: „Mit den zunehmenden Gegensätzen zwischen den Alliierten sah und sieht Adenauer eine neue Chance für jene deutschen imperialistischen Kräfte, die östlich der Elbe endgültig das Spiel verloren haben. Wieder, zum dritten Male in seinem Leben, entfaltet er das Banner des Separatismus.“

Nationaler Verrat

Nach Bildung der DDR-Regierung wird Norden Leiter der Hauptabteilung Presse im Amt für Information der DDR-Regierung. In dieser Funktion stellt er seine demagogischen Fähigkeiten unter Beweis, als er Adenauer nach dessen Regierungserklärung „Leiter des Bonner Separatistenregimes“ abqualifizierte. Unbeschadet der agitatorischen Tonlage beschreibt der

Autor Adenauer zutreffend als Protagonisten der Westorientierung Deutschlands. Darin lag für die SED sein „nationaler Verrat“. Als Adenauer im April 1950 West-Berlin besucht, widmet ihm die „Tägliche Rundschau“, das Organ der sowjetischen Besatzungsmacht und damit die wichtigste Zeitung in der DDR, einen Artikel. Adenauer wird nun zum Mann der Amerikaner:

„Der Landesverrat ist im Leben Adenauers nicht nur eine historische Kategorie. Er begleitet ihn heute eifriger noch als in den Jahren 1919 bis 1923. Er ließ sich an die Spitze einer Gruppe von Politikanten stellen, die McCloy nicht mit den Machtvollkommenheiten, sondern nur mit den Titeln von Ministern ausstattete. Er, der schon am 13. Juli 1947 erklärt hatte: ‚Die Besatzung Deutschlands ist durch die Alliierten für lange Zeit hinaus dringend notwendig‘, trat an die Spitze eines Kabinetts, dessen Existenz nur auf der Zerrissenheit Deutschlands beruht. [...] Und dieser Prototyp des nationalen Verrats, der Nachfolger Wilhelms II. und Hitlers, der Deutschland in den dritten Weltkrieg hetzen will, hat die Stirn, in Berlin als Advokat der Einheit Deutschlands aufzutreten.“

„Klassenpolitischer Hauptfeind“

Norden formulierte damit die wichtigsten Stereotype der SED-Sprachregelung über Adenauer, und ertat dies regierungsamtlich für die DDR und mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Sowjets. 1950 rückte Adenauer in die Kategorie des klassenpolitischen Hauptfeindes des um die Sowjetunion gescharten und von der SED geführten „fortschrittlichen Lagers“ in Deutschland auf. Alle Stereotypen des Adenauer-Bildes der SED unterstreichen diese eine Aussage: Die Politik des ersten Bundeskanzlers

wird große historische Tragweite haben, darum der Vergleich mit Wilhelm II. und Hitler. Adenauers Politik der Westintegration richtete sich diametral gegen die deutschlandpolitischen Interessen der Sowjetunion und somit selbstredend gegen die der SED. Diese Sprachregelung über Adenauer aus dem Jahre 1950 ist die Basis für das in der DDR verbreitete Feindbild in den nächsten Jahrzehnten. Es gilt für die Historiker ebenso wie für die Agitatoren in den Medien und die Autoren der Schulbücher und wird in der DDR in den nächsten Jahrzehnten unendlich oft reproduziert.

Es wäre falsch, das Adenauer-Bild der SED nur auf seine propagandistische Funktion zu verkürzen. Ulbricht und sein Politbüro sahen in seiner Politik der Westintegration eine existenzielle Bedrohung ihrer Macht und ihres Staates. In der Parteisprache der SED umschrieb der Terminus „Westarbeit“ die aktive Einmischung – offen oder verdeckt – in die politischen Prozesse der Bundesrepublik.

Delegationsaustausch und innerdeutsche Gespräche gehörten Anfang der fünfziger Jahre zur Methodik der SED-Westarbeit. Im Mai 1950 empfing beispielsweise die Regierung der DDR eine westdeutsche Delegation zum innerdeutschen Gespräch. Ulbricht, in seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident, sagte, die innerdeutsche Verständigung sei deshalb so schwer, weil „Sie einen Adenauer haben“. In Westdeutschland müssten sich endlich andere Leute finden, „die die Verantwortung übernehmen und die sich auf den Willen der Kräfte stützen können, die die Einheit Deutschlands wollen“. Ulbricht stellte klar, mit wem die DDR nicht zu verhandeln gedanke: „Mit einem alten Separatisten wie Adenauer kann man keine Verhandlungen führen. Mit jedem anderen kann man Ver-

handlungen führen, aber nicht mit Adenauer und Schumacher. Wir stellen nicht die Frage vom Standpunkt des Parteiinteresses und so weiter, aber wir sagen offen: Solche alten Separatisten sind unfähig, irgendwie auch nur in der Richtung der Einheit Deutschlands zu denken.“ Und unmissverständlich stellte Ulbricht klar: „Das sind die Hauptfragen, um die es geht.“ Eine politische „Hauptfrage“ für die SED-Westarbeit in der Bundesrepublik war formuliert: die Suche nach einer Alternative zu Adenauer. Sie misslang bekanntermaßen, obwohl dafür als Bundesgenossen die gesamtdeutsche Volkspartei von Gustav Heinemann oder der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth gefunden werden konnten.

1955 war die in das westliche Bündnis integrierte Bundesrepublik Deutschland wieder ein weitgehend souveräner Staat. Die Spaltung Deutschlands in zwei Teilstaaten schien perfekt, da auch die Sowjetunion im September 1955 die DDR in die Souveränität entließ.

Da die Alliierten die deutsche Frage nicht lösen konnten, wurde die Regelung des Status quo mit und zwischen den beiden Teilstaaten zum Gegenstand der internationalen Politik. Die Bundesregierung nahm zwar im September 1955 zur Sowjetunion diplomatische Beziehungen auf, erklärte aber zugleich, dass die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion von ihr als unfreundlicher Akt angesehen und mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet werde. Die DDR musste international um Anerkennung ringen. Adenauer blieb für Ulbricht der Widerpart.

1957 erklärte er vor Politoffizieren der Nationalen Volksarmee (NVA):

„Die Adenauer-Regierung, zu deren Taten die Spaltung Deutschlands und die Militari-

sierung Westdeutschlands, die aggressive NATO-Politik und die Vorbereitungen des Atomkrieges gehören, hat jedes Recht verwirkt, im Namen des Vaterlandes aufzutreten.“ Im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands als „friedliebender, demokratischer Staat“ setzte Ulbricht auf die DDR als Kernstaat. Ihre Stärkung war die „erste Voraussetzung, denn sie ist die Basis des Kampfes aller friedliebenden, demokratischen Kräfte Deutschlands“. Gegenüber der Bundesrepublik blieb für die SED die Aufgabe, nach westdeutschen Bündnispartnern zu suchen. Dabei konzentrierte sie sich vor allem auf die SPD und die Gewerkschaften des DGB, aber es gab auch „bürgerliche Kreise“, auf die sie ihr Interesse richtete.

„Westarbeit“ gegen Adenauer

Erich Glückauf, zu diesem Zeitpunkt Abteilungsleiter im ZK der SED und Mitglied seiner Westkommission, der Schaltstelle für die „Westarbeit“, referierte 1959 über deren Perspektiven im Politbüro. Er berichtete, dass „die Diskussionen über eine Alternative zur Adenauer-Politik“ unter der Intelligenz am weitesten gediehen seien. Im Zusammenhang mit der in Hamburg herausgegebenen Studenten-Zeitung *Kontakt*, aus der später *Konkret* wurde, liefert Glückauf auch ein unmittelbares Zeugnis über die Finanzierung westdeutscher Aktivitäten durch die SED: „Aber diese Zeitung wich lange Zeit den Grundfragen einer deutschen Friedenspolitik, insbesondere einer positiven Stellungnahme zur DDR, aus. Wir hatten eine ernste Aussprache mit Verbindungsleuten zu dieser Zeitschrift [...] Ich hatte erklärt, dass wir unter solchen Bedingungen der Studenten-Zeitung keine Unterstützung mehr geben werden. Nach einer

sehr prinzipiellen Aussprache nahm dann *Kontakt* eine Wendung vor.“

Ulbricht konnte sein Hauptanliegen von 1950, die Ablösung von Adenauer, nicht umsetzen. Die SED-Westpolitik nahm verstärkt in den sechziger und siebziger Jahren Einfluss auf politisch-kulturelle Entwicklungen in der Bundesrepublik. Erneut ist es Norden, der damals für die Westarbeit der SED Verantwortliche, der, wie Jochen Staadt in seiner biografischen Skizze hervorhebt, „mit einer Enthüllungskampagne nach der anderen die Bundesrepublik als Hort, des Nationalismus und Chauvinismus, der Revanchehetze und der Erregung einer Kriegspsychose“ angriff. „Albert Norden hatte seine Finger im Spiel, ob es um die in der DDR inszenierten Schauprozesse gegen Bundesminister Oberländer 1959 und Staatssekretär Globke 1960 ging, um die auf gefälschten Papieren beruhende Denunziation von Bundespräsident Heinrich Lübke als KZ-Baumeister oder um die Kampagne gegen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger als ehemaliger Mitarbeiter im Reichspropagandaministerium. Die Ohrfeige, die Kiesinger 1969 von Beate Klarsfeld erhielt, kommentierte Norden in Ost-Berlin mit höchster Genugtuung. Dem Propagandafeldzug der APO gegen Kiesinger bot die von Norden geführte Westabteilung des SED-Zentralkomitees weit mehr als nur ideelle Unterstützung.“ Diese Kampagnen hatten auch für die Bundesrepublik geschichtspolitische Bedeutung, in ihnen wurde die Ära Adenauer zu einer restaurativen Epoche der deutschen Geschichte umgedeutet. Im Jahre 1968 stand die internationale Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat bevor. Die SED hatte nach dem Mauerbau von 1961 ihre Herrschaft stabilisiert. Ausdruck dieser Selbstsicherheit war die neue Verfassung, die Ulbricht 1968 durch

eine Volksabstimmung „bestätigen“ ließ. Sie definierte die DDR als sozialistischen Kernstaat für ganz Deutschland. Schuld an der deutschen Spaltung, so steht es in der Präambel, sei der „Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals“.

Die „Adenauer-Kommission“

Parallel zur Ausarbeitung der Verfassung richtete Ulbricht 1967 eine „Adenauer-Kommission“ ein. Die Historiker der SED mussten sich auch mit der Politik des Bundeskanzlers gegenüber der Sowjetunion befassen. Eine „Materialzusammenstellung“ war der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im September 1955 gewidmet. Der Text referiert ausführlich Adenauers *Erinnerungen* an diese Verhandlungen und die Positionen der Bundesregierung zur Wiedervereinigung und den Grenzvorbehalt. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und die Hallstein-Doktrin waren für die SED-Historiker ein „Symbol der weltpolitischen Defensive, in die die Adenauer-Politik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vollends geraten war“. Zugleich wurde eine Sprachregelung für die sowjetische Politik entwickelt, die der Sowjetunion bescheinigte, sie sei die erste der alliierten Siegermächte, die die europäischen Realitäten, wie sie nach 1945 entstanden seien, anerkannt habe.

Eine weitere Materialsammlung dieser „Kommission“ untersucht die Politik des Bundeskanzlers gegenüber der Sowjetunion in seinen letzten Amtsjahren. Der Autor beziehungsweise die Autoren konstatieren eine für die DDR strategisch bedrohliche Kontinuität in Adenauers Politik: „Trotz aller Niederlagen und Abfuhren, die der an-

tisowjetischen Politik Bonns zuteil geworden waren, gab sich Kanzler Adenauer bis zum letzten Tage seiner Regierungszeit der Illusion hin, mit diplomatischen Winkelzügen die Sowjetunion zu einem Kuhhandel zu bringen, der auf die ‚Preisgabe‘ der DDR hinausliefe.“

Die 1968 in der DDR-Verfassung verankerte Suprematie der SED hatte Ulbricht durch eine vom ZK der SED herausgegebene monumentale achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* historisch zu legitimieren versucht. Es blieb noch offen, die Schuldzuweisung für die deutsche Spaltung an die Adresse des Westens historisch zu begründen. Dies sollte offenbar die Adenauer-Kommission leisten. In diesem Sinne wurden die *Erinnerungen* Adenauers ausgewertet. Mit einer „Dokumentation zur Entwicklung der deutschen Frage 1945 bis 1961“ sollten „die Voraussetzungen für eine Erwiderung auf jene Verfälschungen“ geschaffen werden, „die Konrad Adenauer in seinen *Erinnerungen* vornimmt“. Die Koordination dieser Arbeit sollte durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED erfolgen, verantwortlicher Sekretär war Günter Benser. Von ihm stammt auch der Entwurf eines Briefes an den Direktor des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Ernst Engelberg, vom 28. Februar 1968. Sein Inhalt illustriert auf treffliche Weise die hierarchischen Realitäten in der Geschichtswissenschaft der DDR, die als ideologische Parteiarbeit organisiert war.

Bensers Briefentwurf fand sich im Nachlass Ulbrichts: „Die Mitarbeiter Ihres Instituts, Genosse Prof. Dr. Heinz Heitzer und Genosse Dr. Rolf Badstübner, wurden vom Genossen Walter Ulbricht in eine Kommission berufen, die beauftragt worden ist, eine Dokumentation über die Auseinandersetzung

um die Lösung der deutschen Frage in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zu erarbeiten. Wir bitten Sie, diese Aufgabe im Arbeitsplan des Genossen Prof. Dr. Heinz Heitzer und des Genossen Dr. Rolf Badstübner zu berücksichtigen und ihnen die erforderliche Unterstützung in ihrer Arbeit zu gewähren.

Wir möchten Sie außerdem bitten, die in Ihrem Institut bestehende Arbeitsgruppe ‚Zweiter Weltkrieg‘ mit der Bereitstellung einiger Materialien zu beauftragen, die den Übergang der imperialistischen deutschen Bourgeoisie von der Kriegsniederlage zur Restaurationspolitik der Nachkriegszeit belegen. Die Einzelheiten dieses Auftrages können die betreffenden Mitarbeiter mit Dr. G. Benser vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besprechen.“

Bereits am 29. April 1968 übersandte Benser Ulbricht eine erste Materialaufbereitung, „mit der wir Genosse Walter Ulbricht demonstrieren möchten, wie wir uns die Anlage der Materialien vorstellen“. Die „Adenauer-Kommission“ hat ihre Arbeit nicht beendet, geblieben ist ein Torso.

Nach der Ablösung Ulbrichts durch den sowjetischen Generalsekretär Leonid I.

Breschnew 1971 betrieb sein Nachfolger im Amt, Erich Honecker, demonstrativ die nationale Abgrenzung zur Bundesrepublik. Die Frage, wer Schuld habe an der deutschen Spaltung, trat in den Hintergrund; aber die von Ulbricht organisierten Sprachregelungen über Adenauer blieben in Kraft, wie das letzte Wort der DDR-Historiker über ihn im *Biografischen Lexikon zur Weltgeschichte* aus dem Jahr 1989 über Adenauers Rolle in der deutschen Nachkriegsgeschichte belegt: „Seit 1945 und besonders 1948/49 als Präsident des Parlamentarischen Rates betrieb Adenauer die Restauration des deutschen Imperialismus, die Spaltung Deutschlands und die Einbeziehung der Westzonen in das westliche Bündnissystem. [...] Adenauer betrieb die Remilitarisierung der BRD und deren Eintritt in die NATO sowie eine autoritäre anti-kommunistische Innenpolitik. Er war maßgeblich an der Entstehung von EGKS und EWG beteiligt und stellte ein enges Bündnis der BRD mit den USA her.“

Dieses Bild Adenauers in der DDR war nicht vornehmlich das Ergebnis der Arbeit von Historikern der SED, sondern es entstand aus den politischen Auseinandersetzungen mit der Politik des ersten Bundeskanzlers.

Auslandsmärkte bieten neue Chancen. Was Sie jetzt brauchen, ist jemand, der Sie hier kennt und sich dort auskennt.

Bevor Sie den ersten Schritt ins Ausland tun, stellen sich eine Menge Fragen. Sind die politischen Verhältnisse stabil? Welche rechtlichen Besonderheiten gibt es zu beachten? Gibt es Subventionen, Steuervorteile oder andere Investitionsanreize? Empfiehlt sich eine Neugründung oder eher der Erwerb eines etablierten Unternehmens?

Sprechen Sie mit jemandem, der Sie hier kennt und sich dort auskennt. Der Sie nicht nur berät, sondern auch die Verbindungen herstellt. Ganz gleich, welche Grenzen Sie überschreiten wollen, als eines der größten Bankinstitute der Welt begleiten wir Sie gerne.

Deutsche Bank

